



Wochenschriftenkommunikationsw. in Breslau 8 Mark, Wochen-Kommunikation 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 8 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechzehnteligen Seite 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Beziehungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 74. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 13. Februar 1880.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

1. Sitzung vom 12. Februar.

8 Uhr. Am Tische des Bundesrates Hofmann. Den Vorsitz übernimmt Abg. v. Brandenstein, erhält mit Rücksicht darauf, daß der frühere erste Präsident des Reichstages, Herr v. Seewerdt, in Folge seiner Ernennung zum Oberpräsidenten sein Mandat niedergelegt hat, auf Grund des § 1 der Geschäftsordnung, die heutige Sitzung und beruft die Abg. Bernards, Graf v. Kleist, Dr. Blum und Wiedmann zu provisorischen Schriftführern.

Seit dem Schluß der letzten Session sind alles neu bzw. wiedergewählt. b. Puttkamer, Dr. Lucas, v. Wittig, v. Beaulieu-Marconnay, v. Gohler, v. Schleiermacher, Dr. Weber, Dr. Hirschius, Müller, Dr. Schreiner, Seydl, Meyer (Offenburg), Goldenberg, v. Schorlemmer-Behr, Ziegel, Dr. Baumgärtel, Dr. v. Papius, Westphal, Dr. Schäfer, Freiherr Langwerth v. Simmern, Halenklever und v. Sperber.

Erliegt sind gegenwärtig 5 Mandate.

Eingegangen sind der Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für 1880/81 nebst 11 Anlagen und einer Denkschrift; der Gesetzentwurf, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen der Post und Telegraphie, der Marine und des Reichsheeres; Übersichten über Einnahmen und Ausgaben des Reiches für 1878/79; Übersicht über den Stand der Bauausführungen u. c. für die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen; Gesetzentwurf, betreffend die Änderung der Art. 13, 24, 69 und 72 der Reichsverfassung; Gesetzentwurf, betreffend die Schiffsmeldungen bei den Consulaten des Deutschen Reiches; Denkschrift über die auf Grund des Socialistengesetzes mit Genehmigung des Bundesrates getroffenen Anordnungen und eine Übersicht über die Betriebsergebnisse der deutschen Eisenbahnen im Jahre 1878.

Der Namensaufruf ergiebt die Anwesenheit von 221 Mitgliedern. Der Reichstag ist also beschlußfähig (er ist es bereits bei Anwesenheit von 199 Mitgliedern).

Die Auslosung in die Abtheilungen wird vom provisorischen Bureau nach dem Schluß der Sitzung vorgenommen werden.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Wahl der Präsidenten und Schriftführer).

O. C. Landtags-Verhandlungen.

10. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 12. Febr.

10 Uhr. Am Ministerische Maybach, Bitter, v. Puttkamer und Commissarien.

Der Abg. Bosselmann ist plötzlich gestorben. Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Das Haus genehmigt in dritter Berathung den Gesetzentwurf, betreffend den Ankauf der im großherzoglich hessischen Gebiet belegenen Strecke der Main-Weserbahn und den Bau einer Eisenbahn von Cölbe nach Laasphe, und sieht die zweite Berathung des Cultusetats mit Cap. 122: Kunst und Wissenschaft fort.

Bei Titel 1—11, Museen und Nationalgalerie in Berlin, spricht Abg. Reichensperger (Köln) den Wunsch aus, daß eine Übersicht über die Vertheilung der zu Neuerwerbungen für die königlichen Museen jährlich verwendeten Summen an die einzelnen Abtheilungen gegeben würde. Er spricht unter Zustimmung des Hauses der Regierung und den begeistigten Männern Anerkennung und Dank für die wunderbare Umstift und Energie beim Erwerbe der Bergamischen Ausgrabungen aus, die uns eine neue Ära der Antike erschließen. Doch möge man für sie nicht ein besonderes Haus bauen, damit die Kapsel nicht teurer werde als ihr Kern, sondern nur das allgemein Interessante für das große Publikum ausstellen und das andere so unterbringen, daß es nur den eigentlichen Kunstsinnern zugänglich sei. Die Neuerwerbungen für das alte Museum sollten sich vor Augen wie auf Kupferstiche und Münzen richten, die immer seltener und weniger werden.

Die Bildergalerien der Museen sind für die Ausbildung der Künstler und des Publikums eher schädlich als förderlich. Besonders zu missbilligen ist die Vermengung der heiligen und profanen Dinge; Leda's, Danae's und Io's coudoyiren sich mit Altarbildern, als Folge des Sages, daß die Kunst bloss um ihrer selbst willen da sei, während sie doch den höchsten Zweck, für welche unsere Sprache keine Worte hat, Ausdruck geben soll. Die Zusammenstellung der verschiedenartigen Schulen in den Bildergalerien führt zu der Stilmengerei und dem Mangel an Originalität, an dem die gefaßte moderne Kunst leidet. Hier in Berlin ist Menzel der einzige originelle Maler. Es sollen im Berliner Museum in einem Jahre 140,000 Personen verkehrt haben. Das ist aber nur scheindbar ein großer Erfolg. Studiren Sie einmal, wie ich es seit Jahren thue, neben den Kunstdenkmälern die Besucher. Da sehen Sie nur müßige Gafferei, eine Mischung von Neuigkeit, Stumpfum und Überättigung. Wie wenig Kunstinn in das große Publikum, auch die höhern Schichten, damit gebracht wird, ersehen Sie aus dem Mangel an Geschmack für kunstgewerbliche Gegenstände, an dem unser Kunstgewerbe darunterliegt. Die Nationalgalerie sollte der deutschen modernen Kunst gewidmet sein. Was ist nun aus dieser teuren Anstalt geworden? Von außen sehen Sie einen pseudohellenischen Tempelbau, auf dessen Fries mit großen Buchstaben steht: der deutschen Kunst. Als ob wir Deutschen uns eine Architektur bei vorchristlichen Völkern erbetteln müßten und nicht vielmehr Jahrhunderte lang die germanische Bautenkunst den ganzen Christlichen Occident durchdrängt hätte. Das erste nun, was sich mir beim Betreten der Nationalgalerie darbot, war eine nackte weibliche Figur auf einem beiderlei Geschlecht, teilweise mit Bocksfüßen verlehen, auf und ab wogend, während im Hintergrund in einem Wasser auf einem centaurartigen Scheusal eine ebenfalls unbedeckte weibliche Person reitet; wohin ist nicht erstaunlich. Und nun der bewundernste Modeartikel Berlins: Prometheus. Ursprünglich bloß angefertigt, ist er jetzt sogar in einem besondern Zimmer abgeschlossen. Als ich die überaus fleißige talentvolle Studie nach Laokoon sah, habe ich die Technik, die Ausdauer und in gewisser Beziehung auch den ästhetischen Sinn des Meisters bewundert. Aber ich fragte mich, was soll denn eigentlich der Prometheus bedeuten? Die Alten sind über die Bedeutung des Prometheus nicht einig, sollte vielleicht beim deutlichen Volke eine klarere Anschauung über ihn herrschen, als bei den alten Klassikern? Die Laokoon-Idee ist offenbar in dem Kunstwerke vorherrschend. Nur sind statt zweier Knaben, zwei nackte Mädchen beigegeben, wodurch die Sache einen gewissen pittoresken Reiz gewinnt. Was in diesem Jahre für die Nationalgalerie an plastischen Kunstdenkmälern, zum Theil auf Bestellung erworben ist, liegt fast Alles im Gebiete der antiken Mythologie. Ist das die verfehlte Pflege deutscher Kunst? Ich weiß, daß meine heutigen Neuerungen mir in den öffentlichen Blättern alle möglichen Epitheta, Barbar, Nudus und vergleichende verschaffen werden. Aber das wird mir keine schlaflosen Nächte machen, denn wir im Centrum haben gegen alles derartige schon eine harte Haut. Ich bin gewiß ein warmer Bewunderer der Antike, aber zwischen den unbedeckten Figuren des klassischen Altertums — d. h. nicht des römischen Verfalls — und den ausgelieferten Modellnuditäten der Gegenwart ist ein großer Unterschied. Letzte sind nur für Kreise gedachten, in denen der Sinnentzettel vorwalte.

Man möge wenigstens, wie in Neapel, diese Nuditäten in einem eigenen Local für Liebhaber (Heiterkeit) unterbringen, dort können sie ihren Geschmack weiter entfalten. Aber vor dem weiblichen Geschlecht müssen die Schönheiten verborgen werden. Ich will den Beamten dieser Anstalt, die doch schwächer, damit du Haus keinen Vorwurf machen. Unsere Kunst sollte überhaupt sich endlich der heidnischen Mythologie entschlagen, da diese nicht

mehr, wie im vorigen Jahrhundert, den Sinn und die Literatur des Volkes beherrscht. Wir haben in unserer nationalen Geschichte noch Stoff genug für viele Generationen von Künstlern. Berlin ist übersättigt mit mythischen Darstellungen; am Brandenburger Thor figuriren Lapithen und Centauren im Friese. Im Lustgarten, Thiergarten, überall sehen Sie bekleidete und unbedeckte Bewohner des Olymp, Paradies und wie die Völge alle heißen. Auf der Schloßbrücke haben Sie es in doppelter Dosis. Hier hätte man doch die großen Staatsmänner Preußens in einer den großartigen Darstellungen unserer militärischen Größen an der Hauptwache ebenbürtigen Weise verherrlichen können. Das Museum wird von Kastor und Pollux gekrönt, die man doch nicht als Symbole der Gegenwart ansehen kann. Ariosto sagt schon, die Nudität gebre in Localitäten, zu denen nicht jeder Zutritt habe. Venus Urania ist bekleidet, die Venus vulgivaga aber nackt. Es ist ganz gewiß nicht antik, alles möglichst nackt darzustellen.

Geb. Rath Göppert: Ein Nachteil für praktische Messungen sei aus der Erklärung des Generals v. Beyer nicht abzusehen. In allen praktisch wichtigen Beziehungen sei eine Übereinkunft durch den Normalhöhenpunkt erreicht. Das Institut habe mit praktischer Landesvermessung nichts zu thun, sondern mit europäischer Gradmessung.

Zu Kapitel 18 (Sonstige Kunst- und wissenschaftliche Anstalten und Zwecke) liegt der von Abgeordneten aller Fraktionen unterstützte Antrag des Abg. v. Quast vor: Die Staatsregierung aufzufordern, für die baldige Wiederbesetzung der Stelle eines Conservators der Kunstdenkmäler Sorge zu tragen und außerdem die erforderlichen Maßregeln zu treffen, um den historischen und Kunstdenkmälern einen wirksamen Schutz anzudeihen zu lassen.

Geb. Rath Schön: Die Regierung hat nicht die Aufgabe, der Kunst ihre Bahnen anzuweisen. (Sehr wahr!) Sie kann nur den vorhandenen Talente Gelegenheit geben, sich zu entwinden und muß abwarten, was sie leisten. Der antike Stoff herrscht in den Erwerbungen der Nationalgalerie im Allgemeinen nicht vor; aber die Regierung kann das in der Plastik nicht hindern, sie kann doch nichts dorthe, daß Thormaldsen an der Spitze der modernen Plastik steht. Die antike Mythologie ist mit unserer ganzen Cultur so eng verwachsen, daß Goethe's Iphigenie als ein nationales Werk empfunden wird. Wenn die heutige Kunst wirklich auf falschen Bahnen wandelt, dann ist es doch gewiß verdienstvoll, ihr in Bildergalerien die Muster älterer Kunst vorzuführen. Daß das große Publikum nicht sofort Augen aus diesen Sammlungen zieht, ist natürlich, da der Erfolg überall langsam eintritt, wo es sich um Wirkung von tausend einzelnen Eindrücken handelt. Die Gemäldegalerien haben uns aber auch die Denkmäler der Kunst erhalten, wie es in den sonstigen Aufbewahrungsorten, selbst in Kirchen, nicht geschehen wäre. (Widerspruch im Centrum.) Im Bataillon selbst hat man Gemälde in die Bildergalerie geschafft, um sie vor dem an den Altären drohenden Untergang zu retten. Die Museumsverwaltung ist fortwährend bemüht, das Arrangement zweckmäßiger zu gestalten; sie weiß, daß hier noch Vieles zu leisten ist. Ich danke Ihnen für das Erwerben der Bergamischen Alterthümer geschenkte Wohlwollen. Es kann keinen schöneren Lohn für die rechtsgeschaffene Bemühung dieser Männer geben, als wenn ihre Wirklichkeit in diesem Hause Anerkennung und Würdigung findet.

Abg. v. Quast nimmt die Künstlerwelt gegen Reichenspergers Kritik und die Erwerbungen für die Nationalgalerie gegen seinen Vorwurf in Schuß, als würden dabei Werke, welche die Sinne reizen, bevorzugt. Der Promotions von Müller und das Gemälde Böcklin dürfen nicht als sinnlich erregende Werke charakterisiert werden; denn nicht der Umstand sei dafür entscheidend, daß die dargestellten Figuren unbedeckt seien, sondern die Tendenz und Gesinnung des Künstlers. Naßt dem Entdecker der unzählbaren pergamenischen Alterthümer gebühre der Staatsregierung und dem Director Conze hohes Lob. Möge für diesen wichtigen Fund, durch welchen unser Museum mit einem Schlag in die Reihe der besten derartigen Institute eintrete, so bald als möglich ein eigenes, würdiges Gebäude hergestellt werden und wo möglich schon in der nächsten Session dem Hause eine bezügliche Vorlage eugeben.

Abg. v. Sybel nimmt die Künstlerwelt gegen Reichenspergers Kritik und die Erwerbungen für die Nationalgalerie gegen seinen Vorwurf in Schuß, als würden dabei Werke, welche die Sinne reizen, bevorzugt. Der Promotions von Müller und das Gemälde Böcklin dürfen nicht als sinnlich erregende Werke charakterisiert werden; denn nicht der Umstand sei dafür entscheidend, daß die dargestellten Figuren unbedeckt seien, sondern die Tendenz und Gesinnung des Künstlers. Naßt dem Entdecker der unzählbaren pergamenischen Alterthümer gebühre der Staatsregierung und dem Director Conze hohes Lob. Möge für diesen wichtigen Fund, durch welchen unser Museum mit einem Schlag in die Reihe der besten derartigen Institute eintrete, so bald als möglich ein eigenes, würdiges Gebäude hergestellt werden und wo möglich schon in der nächsten Session dem Hause eine bezügliche Vorlage eugeben.

Abg. v. Sybel nimmt die Künstlerwelt gegen Reichenspergers Kritik und die Erwerbungen für die Nationalgalerie gegen seinen Vorwurf in Schuß, als würden dabei Werke, welche die Sinne reizen, bevorzugt. Der Promotions von Müller und das Gemälde Böcklin dürfen nicht als sinnlich erregende Werke charakterisiert werden; denn nicht der Umstand sei dafür entscheidend, daß die dargestellten Figuren unbedeckt seien, sondern die Tendenz und Gesinnung des Künstlers. Naßt dem Entdecker der unzählbaren pergamenischen Alterthümer gebühre der Staatsregierung und dem Director Conze hohes Lob. Möge für diesen wichtigen Fund, durch welchen unser Museum mit einem Schlag in die Reihe der besten derartigen Institute eintrete, so bald als möglich ein eigenes, würdiges Gebäude hergestellt werden und wo möglich schon in der nächsten Session dem Hause eine bezügliche Vorlage eugeben.

Abg. Petri: Die Berliner Gewerbeausstellung habe den Einfluß des Anschauens der alten Kunstwerke auf das moderne Gewerbe gezeigt. Reichensperger glaubt nicht, daß es über die Nation hinaus ein internationales Gebiet für Kunst und Wissenschaft gebe, er habe sich eben zu sehr in die Gotik verbissen. Der Redner fragt, ob es nicht möglich sei, die Arbeitskräfte bei der Reinigung der pergamenischen Funde so zu vermehren, daß der dafür in Aussicht genommene Termin von 16 Monaten abgesetzt werde und solle sich dem Wunsche auf Errichtung eines eigenen Gebäudes für diesen Schatz an. Die Vereinigung der zu Ankäufen bestimmten Fonds sei geboten, da eine Vertheilung derselben auf die einzelnen Abtheilungen die Erwerbungen nur erleichtere.

Geb. Rath Schön: Die Errichtung eines besonderen Gebäudes für die pergamenischen Funde bilde den Gegenstand von Erörterungen in der Regierung, ein Plan werde dem Hause wohl schon in der nächsten Session vorgelegt werden können. Zur Belebung der Reinigungsarbeiten gebe alles nur Mögliche, die Auswahl der Arbeiter sei aber sehr schwer und dürfe nur in dem Maße stattfinden, daß noch eine sehr sorgfältige Überwachung derselben möglich sei.

Abg. Reichensperger: Abg. Petri habe ihn mißverstanden, er sei gerade für eine Vereinigung der für die Erwerbungen bestimmten Fonds eingetreten. In die Gotik habe er sich nicht verbissen, Petri müsse denn die pergamenischen Funde für gotisch halten.

Reuter Birchow: Es sei zweckmäßig, daß die Fonds für die Ankäufe getrennt den einzelnen Abtheilungen überwiesen würden. Die Commission habe mit Freude bemerkt, daß in diesem Etat die Wünsche des Hauses berücksichtigt seien, namentlich betrifft der selbstständigeren Stellung der Directions-Assistenten. Abg. Reichensperger hat vor vorherhin erklärt, er habe eine harte Haut gegen alle zu erwartende Angriffe.

Abg. Petri: Die Berliner Gewerbeausstellung habe den Einfluß des Anschauens der alten Kunstwerke auf das moderne Gewerbe gezeigt. Reichensperger glaubt nicht, daß es über die Nation hinaus ein internationales Gebiet für Kunst und Wissenschaft gebe, er habe sich zu sehr in die Gotik verbissen. Der Redner fragt, ob es nicht möglich sei, die Arbeitskräfte bei der Reinigung der pergamenischen Funde so zu vermehren, daß der dafür in Aussicht genommene Termin von 16 Monaten abgesetzt werde und solle sich dem Wunsche auf Errichtung eines eigenen Gebäudes für diesen Schatz an. Die Vereinigung der zu Ankäufen bestimmten Fonds sei geboten, da eine Vertheilung derselben auf die einzelnen Abtheilungen die Erwerbungen nur erleichtere.

Geb. Rath Schön: Die Errichtung eines besonderen Gebäudes für die pergamenischen Funde bilde den Gegenstand von Erörterungen in der Regierung, ein Plan werde dem Hause wohl schon in der nächsten Session vorgelegt werden können. Zur Belebung der Reinigungsarbeiten gebe alles nur Mögliche, die Auswahl der Arbeiter sei aber sehr schwer und dürfe nur in dem Maße stattfinden, daß noch eine sehr sorgfältige Überwachung derselben möglich sei.

Abg. Reichensperger: Abg. Petri habe ihn mißverstanden, er sei gerade für eine Vereinigung der für die Erwerbungen bestimmten Fonds eingetreten. In die Gotik habe er sich nicht verbissen, Petri müsse denn die pergamenischen Funde für gotisch halten.

Reuter Birchow: Es sei zweckmäßig, daß die Fonds für die Ankäufe getrennt den einzelnen Abtheilungen überwiesen würden. Die Commission habe mit Freude bemerkt, daß in diesem Etat die Wünsche des Hauses berücksichtigt seien, namentlich betrifft der selbstständigeren Stellung der Directions-Assistenten. Abg. Reichensperger hat vor vorherhin erklärt, er habe eine harte Haut gegen alle zu erwartende Angriffe.

Abg. Petri: Die Berliner Gewerbeausstellung habe den Einfluß des Anschauens der alten Kunstwerke auf das moderne Gewerbe gezeigt. Reichensperger glaubt nicht, daß es über die Nation hinaus ein internationales Gebiet für Kunst und Wissenschaft gebe, er habe sich zu sehr in die Gotik verbissen. Der Redner fragt, ob es nicht möglich sei, die Arbeitskräfte bei der Reinigung der pergamenischen Funde so zu vermehren, daß der dafür in Aussicht genommene Termin von 16 Monaten abgesetzt werde und solle sich dem Wunsche auf Errichtung eines eigenen Gebäudes für diesen Schatz an. Die Vereinigung der zu Ankäufen bestimmten Fonds sei geboten, da eine Vertheilung derselben auf die einzelnen Abtheilungen die Erwerbungen nur erleichtere.

Geb. Rath Schön: Die Errichtung eines besonderen Gebäudes für die pergamenischen Funde bilde den Gegenstand von Erörterungen in der Regierung, ein Plan werde dem Hause wohl schon in der nächsten Session vorgelegt werden können. Zur Belebung der Reinigungsarbeiten gebe alles nur Mögliche, die Auswahl der Arbeiter sei aber sehr schwer und dürfe nur in dem Maße stattfinden, daß noch eine sehr sorgfältige Überwachung derselben möglich sei.

Abg. Reichensperger: Abg. Petri habe ihn mißverstanden, er sei gerade für eine Vereinigung der für die Erwerbungen bestimmten Fonds eingetreten. In die Gotik habe er sich nicht verbissen, Petri müsse denn die pergamenischen Funde für gotisch halten.

Reuter Birchow: Es sei zweckmäßig, daß die Fonds für die Ankäufe getrennt den einzelnen Abtheilungen überwiesen würden. Die Commission habe mit Freude bemerkt, daß in diesem Etat die Wünsche des Hauses berücksichtigt seien, namentlich betrifft der selbstständigeren Stellung der Directions-Assistenten. Abg. Reichensperger hat vor vorherhin erklärt, er habe eine harte Haut gegen alle zu erwartende Angriffe.

Abg. Petri: Die Berliner Gewerbeausstellung habe den Einfluß des Anschauens der alten Kunstwerke auf das moderne Gewerbe gezeigt. Reichensperger glaubt nicht, daß es über die Nation hinaus ein internationales Gebiet für Kunst und Wissenschaft gebe, er habe sich zu sehr in die Gotik verbissen. Der Redner fragt, ob es nicht möglich sei, die Arbeitskräfte bei der Reinigung der pergamenischen Funde so zu vermehren, daß der dafür in Aussicht genommene Termin von 16 Monaten abgesetzt werde und solle sich dem Wunsche auf Errichtung eines eigenen Gebäudes für diesen Schatz an. Die Vereinigung der zu Ankäufen bestimmten Fonds sei geboten, da eine Vertheilung derselben auf die einzelnen Abtheilungen die Erwerbungen nur erleichtere.

Geb. Rath Schön: Die Errichtung eines besonderen Gebäudes für die pergamenischen Funde bilde den Gegenstand von Erörterungen in der Regierung, ein Plan werde dem Hause wohl schon in der nächsten Session vorgelegt werden können. Zur Belebung der Reinigungsarbeiten gebe alles nur Mögliche, die Auswahl der Arbeiter sei aber sehr schwer und dürfe nur in dem Maße stattfinden, daß noch eine sehr sorgfältige Überwachung derselben möglich sei.

Abg. Reichensperger: Abg. Petri habe ihn mißverstanden, er sei gerade für eine Vereinigung der für die Erwerbungen bestimmten Fonds eingetreten. In die Gotik habe er sich nicht verbissen, Petri müsse denn die pergamenischen Funde für gotisch halten.

Reuter Birchow: Es sei zweckmäßig, daß die Fonds für die Ankäufe getrennt den einzelnen Abtheilungen überwiesen würden. Die Commission habe mit Freude bemerkt, daß in diesem Etat die Wünsche des Hauses berücksichtigt seien, namentlich betrifft der selbstständigeren Stellung der Directions-Assistenten. Abg. Reichensperger hat vor vorherhin erklärt, er habe eine harte Haut gegen alle zu erwartende Angriffe.

Abg. Petri: Die Berliner Gewerbeausstellung habe den Einfluß des Anschauens der alten Kunstwerke auf das moderne Gewerbe gezeigt. Reichensperger glaubt nicht, daß es über die Nation hinaus ein internationales Gebiet für Kunst und Wissenschaft gebe, er habe sich zu sehr in die Gotik verbissen. Der Redner fragt, ob es nicht möglich sei, die Arbeitskräfte bei der Reinigung

weist dann auf mehrere Bauwerke hin, deren Erhaltung notwendig sei, so z. B. auf die Kölner Thorbürme, für deren Erhaltung die „Königliche Zeitung“ keinen Artikel aufnehmen wollte und auf ein Thor in Trier, welches man niedersetzen wolle. Das sei keine richtige Verwendung der Staatsgelder, wenn man das Kaiserhaus in Goslar während 9 Jahren ausmalen lasse, während andere Kunstdenkmäler nach Hilfe schmachten. Redner weist dann auf die Summen hin, die man in England für die Erhaltung von Denkmälern ausgebe.

Der Titel wird genehmigt und der Antrag von Quast's angenommen. Um 1½ Uhr vertrat sich das Haus bis Freitag 10 Uhr. (Guts-, Eisenbahnen, Stat der Finanzverwaltung und Statgeleb.)

Berlin, 12. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat Ihrer Durchlaucht der Prinzessin Friederich von Hohenzollern den Luisen-Orden mit der Jahreszahl 1813/14 verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Königlich bayerischen Regierungs-Präsidenten Freibern von Feilitzsch zu München den Stern zum Roten Adler-Orden 2. Klasse; dem Polizei-Director von Söphasius zu Mergen den Roten Adler-Orden 4. Klasse; dem Königlich württembergischen General-Major und Militär-Bevollmächtigten in Berlin von Faber du Faur, dem Königlich bayerischen Geheimen Rath und Universitäts-Professor Dr. von Pettenkofer zu München und dem Chef der Fürstlich Thurn- und Taxischen General-Verwaltung, Kaiserlich Königlich österreichischen Kämmerer und Major a. D. Grafen Voos von Waldeck zu Regensburg, den Königlichen Kronen-Orden 2. Klasse; dem Professor Dr. philos. Ludwig Schmidt zu Lüdingen, sowie dem Director der Bezirks-Armenanstalt zu Gorse im Landkreis Mergen und Gemeinde-Beigeordneten daselbst, Johann Baptist Haagen den Königlichen Kronen-Orden 4. Klasse verliehen.

Berlin, 12. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] begab sich heute Vormittag 11½ Uhr mittels Extrazuges nach Potsdam, besichtigte daselbst auf dem Kasernenhofe der Gewehrfabrik die von dem Prinzen Wilhelm ausgebildeten Recruten der Leib-Compagnie 1. Garde-Regiments z. F. und kehrte um 1¾ Uhr Nachmittags wieder nach Berlin zurück.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] war in der Vorstandssitzung des Frauen-Lazareth-Vereins anwesend und besuchte den Prinzen Georg, um denselben zu seinem Geburtstage zu beglückwünschen. (Reichs-Anz.)

= Berlin, 12. Febr. [Eröffnung des Reichstages. — Präsidentenwahl.] Die heutige Eröffnung des Reichstages vollzog sich in sehr formloser Weise. Etwa einige 80 Mitglieder des Reichstages, unter denen die Fortschrittspartei gar nicht und das Zentrum äußerst spärlich vertreten war, hatten sich im weißen Saale versammelt. Die Hofloge blieb leer, in der Diplomatensuite fanden sich 2 Mitglieder der chinesischen Gesandtschaft ein, die Zuschauertribünen dagegen waren überfüllt. Die anwesenden Reichsboten erschienen bis auf etwa 6 Personen, welche Uniform trugen, im schwarzen Frack. Der Bundesrat trat etwa um 2 Uhr 15 Minuten in den Saal und stellte sich zur Linken des Kaiserthrones, dessen Sessel verhüllt war, auf. Graf Stolberg verlas die Eröffnungsrede, welche lautlos angehört wurde. Der Vizepräsident des Reichstages, Frhr. von Frankenstein, brachte das Hoch auf den Kaiser. Der ganze Act dauerte etwa 5 Minuten. Die morgen stattfindende Präsidentenwahl im Reichstage wird auf die Abg. Graf Arnim-Boizenburg, v. Frankenstein und Helldorf fallen.

■ Berlin, 12. Febr. [Die Reichstagseröffnung und die Liberalen.] Die Physiognomie des Reichstages trug in der heutigen Sitzung das Gepräge der erwartungsvollen Stimmung, welche die politische Situation beherrscht. Die vielfachen wichtigen Gesetzesvorlagen, welche die Thronrede verzeichnet, waren ebenso Gegenstand des Meinungsaustausches unter den Abgeordneten, wie die bevorstehende Präsidentenwahl, die präsumierte Stellung der verschiedenen Parteien zu den bedeutungsvollen Gesetzestwürfen, die Haltung des Reichskanzlers u. s. w. Consolatien wir zunächst, daß innerhalb der liberalen Parteien die Erwartungen auf gedeihliche, gesetzgeberische Schöpfungen in der diesjährigen Session weder einen optimistischen noch pessimistischen Charakter tragen. Allerdings läuft man sich nicht darüber, daß eine liberale Mehrheit im Reichstage ebensowenig wie im Abgeordnetenhaus ohne Mithilfe anderer Parteien zu Stande kommen kann und daß Coalitionen nach rechts oder links stattfinden müssen, wenn die Aufgaben der Liberalen eine ersprießliche Lösung erfahren sollen. Aber ein wesentlicher Gewinn ist denselben durch die Klärung geworden, welche das preußische Abgeordnetenhaus in das Verhältnis der Parteien, namentlich in das sogenannte conservativ-clerical Bündnis gebracht hat. So wenig sich die preußischen Minister auf dasselbe im Abgeordnetenhaus führen konnten, ebenso wenig ist der Reichskanzler in der Lage, die Abgeordneten Windhorst, Helldorf, Barnbüler u. s. w. zur Zusammensetzung einer Mehrheit zu benutzen. Unterlegt es doch keinem Zweifel, daß die Ultramontanen zum Militärgesetz, zur Verlängerung der Staats- und Legislatur-Perioden und des Socialistengesetzes etwa gar nicht oder nur im beschränkten Maße ihre Zustimmung geben werden. Somit können die Conservativen, welche nur den zehnten Theil der gesamten Mitglieder bilden, auf die clericalen Auxiliarruppen nicht rechnen. Will der Reichskanzler nicht durch Opportunitäts- und andere Fragen das Zustandekommen der Vorlagen gefährden, so muß er in der relativ stärksten Partei des Reichstages, den Nationalliberalen, seine Stütze suchen. Sie halten das Zunglein der parlamentarischen Waage in der Hand, weil sich gegenüber den vorliegenden Gesetzestwürfen nicht Freihändler und Schutzzöllner innerhalb ihrer Fraktionen begegnen. Die Einigkeit und Geschlossenheit der liberalen Partei hat sich bereits bei den ersten Zusammenkünften derselben kund gegeben. Jene Mitglieder (und wir könnten ihre Namen nennen), denen Secession-Gedanken beigegeben worden sind, erklären, daß sie ihre wirtschaftliche Politik den Parteidemanden soweit unterordnen, daß sie ihre Absichten auf Einbringung von Spekulanträgen vorläufig verlagen. Aber sie werden nicht umhin können, bei Beratung des Staats ihren Wünschen in den einschlägigen finanziellen und wirtschaftlichen Fragen einen bereiten Ausdruck zu geben. Mehr als ein Passus der Thronrede fordert diesen Theil der liberalen Partei zur Betonung ihres prinzipiellen Standpunktes auf. Indessen ist es hinlänglich bekannt, daß dieser Theil der Liberalen sich in einer Minderheit befindet, welche bei den Abstimmungen nicht ins Gewicht fällt. Ist doch die Aufnahme, welche der Hauptpassus der Thronrede über die durchaus friedlichen Intentionen der Regierung bei den Reichstagsabgeordneten gefunden hat, eine so maßgebende für deren Haltung gegenüber der Militärvorlage, daß dieser Umstand allein dem Entwurf eine bedeutende Mehrheit sichert.

[Zur Thronrede.] Die „N.-L. C.“ schreibt: In Abgeordnetenkreisen ist es sehr aufgefallen, daß die Thronrede weder der wirtschaftlichen Wirkungen der neuen Zollpolitik, noch der Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich Erwähnung thut.

[Die offizielle Kundgebung der „N. L. Ztg.“] bezüglich der Kritik der französischen Presse über die Vervollständigung der deutschen Heeresorganisation, welche im telegraphischen Auszug bereits mitgetheilt worden, hat folgenden Wortlaut:

Diejenigen französischen Blätter, welche die deutsche Militärvorlage in kriegerischen Sinne deuten, machen sich die Sache, Deutschland als schuldig an der Steigerung der Militärausgaben, sehr leicht, indem sie ganz verschweigen und als nicht geschehen behandeln, daß der französische Heeres-Staat, der 1870 kaum 500 Millionen betrug, jetzt auf mehr als 900 gestiegen

ist, daß die französische Armee zahlreicher an Köpfen, reicher an guten Waffen ist als die deutsche, und daß nicht minder in dem russischen Heere seit dem Kriege erhebliche Augmentationen vorgenommen sind. Deutschland nimmt keine Initiative in Verstärkung seines Heeres, sondern folgt notwendigungen und sehr wider Willen dem Beispiel seiner Nachbarn. Wenn die französische Presse dieses Verhältnis umkehr, indem sie aus dem letzten den ersten macht und die gezwungene Nachfolge Deutschlands so darstellt, als ob wir das Beispiel gäben, so ist das einfach ein Versuch, öffentliche Thatsachen zu falschen. Dabei zeigt der Ton in der Presse der monarchischen Parteien, wie wohl Deutschland thut, auf der Hub zu sein und dem ihm gegebenen Beispiel, wenn auch widerwillig, zu folgen.

Der orleanistische „Français“ behauptet, alle ihm zugehörenden Nachrichten bestätigten, daß Se. Kaiserl. königl. Hoheit der Kronprinz bei der Rückkehr zu seiner Familie in Eggi hauptsächlich den Zweck habe, Italien in den Kreis der deutschen Politik zu ziehen und die diplomatische Isolierung Frankreichs zu sichern. Ebenso will er wissen, daß der Graf St. Vallier „in dieser dunklen und drohenden Situation“ dringende Motive gehabt haben müsse, mit seiner Regierung zu konferieren. Der bonapartistische „Pays“ sammelt schon seit einiger Zeit unter einer besonderen Rubrik französische und außerfranzösische Presstimmen, welche das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich als ein gespanntes darstellen möchten. Die legitimistische „Union“ erblickt sogar in der englischen Thronrede Anzeichen von baldigen Verwicklungen, wozu in der That ein scharfes Auge gehört.

Diese kriegerischen Parteien regieren zwar augenblicklich nicht in Frankreich, aber ob sie regieren werden, hängt von den Entscheidungen und Schicksalen Frankreichs ab. Deutschland würde nicht hindern können, daß sie die Macht in Frankreich gewinnen, sobald innere Verhältnisse die Möglichkeit dazu bieten. Nach der Sprache dieser Parteien müssen wir aber für sicher annehmen, daß sie, sobald sie ans Ruder kommen, Frankreich in Kriege stürzen würden, um sich zu halten, ganz in den Traditionen der napoleonischen Politik. Auf diese Gefahr hin muß Deutschland bei aller Friedensliebe im Interesse seiner Sicherheit dem Beispiel folgen, welches seine Nachbarn durch ihre gewaltigen Rüstungen in den letzten Jahren leider gegeben haben. Deutschlands Heer ist eine Waffe der Vertheidigung, nicht des Angriffs, und wir würden sehr zufrieden sein, wenn sich dasselbe von den Armeen unserer Nachbaren mit Sicherheit sagen ließe.

Über die Rekrutierung der Armee für 1880/81 ist das Nachstehende bestimmt worden:

I. Enlistierung der Reserve. 1) Die Enlistierung der zur Reserve zu beurlaubenden Mannschaften hat bei denjenigen Truppen, welche an den Herbstübungen teilnahmen, am 1. oder 2. Tage nach Beendigung derselben, bzw. nach dem Wiedereintreffen in den Garnisonen stattzufinden. 2) Für das Pommersche Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 2 und das Schleswigsche Fuß-Artill.-Bataillon Nr. 9 ist der 31. August, für alle übrigen Truppenteile der 30. September der späteste Enlistungstag der Reserve. Das Näherte bestimmen die betreffenden Generalcommandos, für die Fuß-Artillerie die General-Inspection der Artillerie. 3) Die zu halbjähriger activer Dienstzeit eingestellten Trainsoldaten sind am 30. October d. J., bzw. 30. April d. J. zu entlassen, die Deconomie-handwerker am 30. September d. J. 4) Beurlaubungen von Mannschaften zur Disposition der Truppenteile haben an den Enlistungsterminen insoweit zu erfolgen, daß Recruten nach Maßgabe der unter II. bezeichneten Quoten zur Einschaltung gelangen können.

II. Einstellung der Recruten. 1) Zum Dienst mit der Waffe sind einzustellen: bei den Bataillonen der älteren Garde-Infanterie-Regimenter, denen des 1. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 25, des 3. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 29, des 5. Pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 42, des 8. Ostpreußischen Infanterie-Regiments Nr. 45, des 2. Niedersächsischen Infanterie-Regiments Nr. 47, des 7. Brandenburgischen Infanterie-Regiments Nr. 60, je 225 Recruten, bei den übrigen Bataillonen der Infanterie, Jäger und Schützen, je 190 Recruten, bei jedem Caballerie-Regiment mindestens 150 Recruten, bei den reitenden Batterien mindestens 25 Recruten, bei den übrigen Feldbatterien mindestens je 30 Recruten, bei den Bataillonen des Rheinischen Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 8 und des Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 15 je 200 Recruten, bei den übrigen Fuß-Artillerien und den Pionnier-Bataillonen je 160 Recruten, bei den Bataillonen des Eisenbahnregiments mindestens je 135 Recruten, bei jeder Train-Compagnie zu dreijähriger activer Dienstzeit mindestens 15 Recruten, zu halbjähriger activer Dienstzeit im Herbst dieses Jahres und im Frühjahr nächsten Jahres je 44 Recruten. 2) Au Deconomie-Handwerkern haben sämmtliche Truppenteile mindestens ein Drittel der etatsmäßigen Zahl einzustellen. 3) Für den Fall, daß bei einzelnen Truppenteilen eine Änderung der vorstehenden Zahlen notwendig erscheint, ist das Kriegsministerium zu bezüglichen Anordnungen ermächtigt. 4) Die Einstellung der Recruten zum Dienst mit der Waffe hat bei sämmtlichen Truppenteilen nach näherer Anordnung der diefer leichten vorgesetzten Generalcommandos in der Zeit vom 2. bis 6. November d. J. zu erfolgen; nur die für das Pommersche Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 2, das Schleswigsche Fuß-Artillerie-Bataillon Nr. 9, die Unteroffizierschulen, sowie die als Deconomie-Handwerker ausgebildeten Recruten sind am 1. October d. J. und die Train-soldaten für den Frühjahrstermin am 2. Mai d. J. einzustellen.

[Marine.] S. M. gedachte Corvette „Bismarck“, 16 Geschütze, Com-mandant Corp.-Capt. Deinhard, befand sich, eingegangenen Nachrichten zu folge, am 11. M. in Sidney. — S. M. Kanonenboot „Cyclone“, 4 Geschütze, Com-mandant Capt.-Lt. v. Schudmann I., ist am 19. December 1879 von Shanghai in See gegangen und ankerte am 23. d. M. in Nagasaki.

Frankreich.

■ Paris, 10. Febr. [Zur inneren und äußeren Lage Frankreichs. — Die Magistraturreform und der Artikel 7 des Unterrichtsgesetzes. — Militärisches. — Zur Unterstützung der Arbeiter. — Statue der Republik.] Das Organ des Kammerpräsidenten benutzt die Gelegenheit der Faschingssvacanzen, um sich in einem längeren Artikel über die innere und äußere Lage Frankreichs zu ergehen, dessen Bilanz zu ziehen und die Regierung vorwärts zu treiben. Es beginnt mit einem gewaltigen Lobeshymnus auf die Weise, mit welcher das französische Volk dem beispiellos strengen Winter Troz geboten, auf den wohlthätigen Sinn der vermöglichen Bevölkerung, die den Nothleidenden die kräftigste Unterstützung gewährte. Die französische Bevölkerung habe sich ihres alten Ruses zarter Gütherzigkeit und finnreicher Geselligkeit würdig gezeigt. Sie sei eben dieselbe geblieben, mit ihren Tugenden und ihren Fehlern. Zu diesen letzteren gehört die Unzufriedenheit und die Furcht vor der Zukunft. Diejenigen, die auf diese Fehler spekulieren, um der Nation Bangen zu machen, verlieren ihre Zeit. Das Vertrauen in die republikanischen Institutionen der Nation wachse mit jedem Tage. Die Nation dränge die Kammermajoritäten langsam vorwärts und diese wirken auf die Regierung, die übrigens fortwährend gesinnt sei, in derselben Weise. Frankreich regiere sich ohne fremdes Hinzutun und seine politische Erziehung befähige es schon, zu wissen, was ihm für den Augenblick kommt. Die „République Française“ schließt diesen Olymphrambus mit folgender sehr charakteristischen Stelle: „Wenn ein Volk einmal bei dem Punkt angelangt ist . . . dann denkt es nur an den Frieden, will nur den Frieden, seiner selbst gewiß, läßt es sich durch keinerlei unheimliche Gerichte aus der Fassung bringen. Es hat für sich das Recht und die Rechtigkeit, die es zu vertheidigen bereit ist. Entschlossen, allem fern zu bleiben, was einer Herausforderung gleichsehe, bekümmt es sich nur insoweit um das Gerechte, als es um so fester auf der Absicht beharrt, kräftiger als jemals, ruhig und mit Sammlung fortzuarbeiten.“ Das ist ein Programm für äußere und innere Politik, wie es schlagender nicht gedacht werden kann.“ — „Debats“ sind mit der Beziehung der Unterstaatssekretäre zu den Conseilsitzungen ganz und gar nicht zufrieden. Das gebe diesen Würdenträgern eine zu bedeutende Stellung neben den betreffenden Ministern, drücke diese folglich zu sehr herab. Der Moniteur des linken Centrums scheint nicht zu wissen, daß die ganze Maßregel nur ein Provisorium ist. „Figaro“ bemüht sich heute in einem längeren Artikel, wahrscheinlich um das harmonische Friedensgeläute nicht zu stören, darzuthun, daß Gambetta schon aus dem Grunde unmöglich zur Präsidentschaft der Republik gelangen könnte, weil er im Jahre 1871 den Krieg bis aufs Neuerste verlangt hatte. Frankreich wolle den Frieden, einen ständigen Frieden und

würde diesen, wenn der Kammerpräsident ans Ruder käme, mit Recht oder Unrecht für gefährdet halten. — Jauresguiberry behält officiell seinen Posten bei. — Die Reform der Magistratur sowohl, als auch der Artikel 7 scheinen der Regierung doch größere Schwierigkeiten zu machen, als vorhergesehen wurde. Man ist im Elysée durchaus nicht überzeugt, daß der Senat den famosen Artikel votiren werde und hat auch seine gründlichen Bedenken, ob die Magistraturreform in diesem Hause werde durchgebracht werden können. Ferry, wie Cazot dargestellt übrigens in jedem Falle auf ihren Posten bleiben, da auf die Chancellerie des Ministeriums großes Gewicht gelegt wird. Eine Neuherierung der Freycinet's in einem Salon liefert einen charakteristischen Beleg zu der Richtigkeit dieser Auffassung in der Sachlage. Darüber befragt, wie lange denn das Beamtenüberflusswerk noch dauern werde, erwiderte der Conseilpräsident kurz abgebrochen: Höchstens zwei Monate und dann lassen wir die Politik vollständig abschließen, um uns nur noch mit den nationalen Interessen des Landes zu beschäftigen. — Auf Anordnung des Kriegsministers dürfen, außer bei den vom Gesetz vorhergesuchten Fällen für die Truppenheile mehr mit Klingendem Spiele zu religiösen Ceremonien commandirt werden. — Ein Mitglied unseres Gemeinderathes, Herr George Martin, hat im Schoße desselben angetragt, eine Million Francs als zeitweilige Unterstützung für beschäftigunglose Arbeiter auszusehen. — Am 24. d. Mts., als am Jahrestage der Februarrevolution, wird die bekannte Statue der Republik von Soltau auf dem Platz vor dem Institut feierlich eingeweiht werden.

■ Paris, 11. Febr. [Einfluß der Fastnachtsfeier auf die parlamentarischen Arbeiten. — Die Affaire von Alexandrette. — Zum Telegraphenwesen. — Todesfälle.] Die Faschingstage haben umstritten ihren Einfluß auf die Politik. Gestern waren die Couloirs im Palais Bourbon, trotzdem mehrere Commissionsitzungen stattfinden sollten, beinahe leer, und die Commission für die Seehäfen mußte sogar wegen Beschlusunfähigkeit wieder auseinander gehen, ohne ihren Gegenstand discussirt zu haben. Die Patentcommission hielt zwar ihre Sitzungen ab, doch waren der anwesenden Mitglieder derselben sehr wenige. — Die Angelegenheit von Alexandrette wird, wie es scheint, eine für Frankreich befriedigende Lösung erhalten. Der französische Botschafter in Konstantinopel hat an den Minister des Auswärtigen mit Ermächtigung des ersten türkischen Ministers telegraphisch mitgetheilt, daß der Kaimakam von Alexandrette definitiv abgesetzt worden und daß die, welche an dem bedauerlichen Zwischenfall mit dem Latouche-Treville Theil genommen und angeklagt worden sind, durch die competenten Gerichte abgeurtheilt, und daß die gegen die Schulden ausgesprochenen Strafen unverweilt und streng in Anwendung gebracht werden sollen. Die „Debats“ sprechen über diese Mittheilung lebhaft ihre Befriedigung aus. — Es soll jetzt, wie es heißt, auch in Frankreich die Regung der unterirdischen Telegraphenlinien energisch in Angriff genommen werden. Nach dem Project des Telegraphenministers Cochery soll die Arbeit zwei Jahre dauern. — Wir haben schließlich zu melden den Tod des Deputirten Carrey und den des Senators Adolf Gremier, welcher ein Alter von 84 Jahren erreicht hatte, und dem in den republikanischen Blättern die wärmsten Nachrufe gewidmet werden.

Rußland.

■ St. Petersburg, 9. Febr. [Gerichtsreform in Westrußland. — Eine neue monströse Freisprechung.] Alle Wahrscheinlichkeit nach werden in den westlichen Provinzen Westrußlands (in den Gouvernements Kowno, Wilna, Grodno, Minsk, Witebsk, Mohilew, Kiew, Wolhynien, Podolien) noch im Laufe dieses Jahres die neuen Gerichtsinstitutionen realisiert werden. Diese Provinzen befinden sich seit dem letzten polnischen Aufstande in einer einigermaßen exceptionellen Stellung: sie haben dabei nun den Vortheil, daß die modernen Gerichtsinstitutionen bei ihnen mit Modificationen eingeschafft werden, welche so viel als möglich die in anderen Provinzen Westrußlands vorkommenden Ausartungen verhüten können. Die Friedensrichter-Institutionen wurden in den genannten Provinzen übrigens seit dem Beginn der siebziger Jahre eingeführt; man hatte aber dort die Regierung bei der Wahl der Friedensrichter mitwirken lassen, wodurch die Einführung wesentlich gewann. Wäre der Krieg nicht gewesen, so hätte man die andern Gerichtsinstitutionen wohl schon früher in Westrußland eingeführt. Inzwischen sind bekannte Thatsachen, die zahlreichen Freisprechungen von Mörbern, Dieben und andern Verbrechern vorgefallen, welche bei der Realisierung der neuen Gerichts-institutionen in weiteren Kreisen manche Modificationen nötig machten. Andere Modificationen wurden durch Berücksichtigung gewisser örtlicher Eigentümlichkeiten begründet — so daß sich von der Reform in Westrußland gewiß das Beste erwarten läßt. In Petersburg hat die Praxis der Schwurgerichte immer haarsträubendere Resultate zu Tage gefördert. Nachdem im Herbst ein Briefträger freigesprochen worden, welcher Hunderte von Poststücken veruntreut, nachdem diese Freisprechung im „Golos“ beschönigt worden, ward jetzt ein Postbeamter freigesprochen, welcher einen Brief mit 8200 Rubel gesohlen und durch Fälschungen sein Verbrechen zu verüben gesucht hatte. Am 23. Juni (5. Juli) des v. J. hatte der betreffende Beamte, welcher dem Stande der erblichen Ehrenbürger angehört, das betreffende Geldstück, welches 8200 Rubel enthielt, gesohlen, am 25. Juni (7. Juli) seine Stellung aufgegeben und dann lustig gelebt, bis der Diebstahl und die Fälschungen entdeckt und der Verbrecher erwischt ward. Es fanden sich bei ihm noch etwa 7600 Rubel in guten Wertpapieren, die er nach Vollführung seines Verbrechens sich angeschafft. Zu seiner Entschuldigung erklärte am 8. (20.) Januar der Verbrecher vor dem Schwurgerichte, er hätte eine sehr geringe Remuneration erhalten, wäre vom Wunsche beseelt gewesen, „doch einmal wenn auch nur einen Tag zu leben“ (wie er das nannte) und hätte so „unbewußt“ sich die 8200 Rubel angeeignet: den fehlenden Theil der Summe „werde er sich bemühen, einmal zu ersezten.“ Diese Auseinandersetzung erschien den Geschworenen so plausibel, daß sie ihn freisprachen. Die merkwürdigen Lehren, welche diverse Zeitungen, wie „Golos“ und Consorten gelegentlich früherer Freisprechungen gepredigt, sind wie man sieht, auf höchst empfänglichen Boden bei uns gefallen, und man hat nicht die geringste Veranlassung, daß Ausland dafür verantwortlich zu machen, wenn die nihilistische Versezung von Zeit zu Zeit in brutalster Weise sich geltend macht.

Provinzial-Beitung.

A. F. Breslau, 11. Febr. [Handwerkerverein.] Am Beginn der jüngsten Versammlung gedachte Herr Freyhan mit einigen Worten der Verdienste, welche sich der, vor wenigen Tagen hingerichtete Reichslehrer, Herr Eduard von Kornatzky, ein Mitbegründer des Vereins, um die Interessen desselben in seiner langjährigen Tätigkeit als Vorstandsmitglied erworben. Zu Ehren des Vorstandes erhob sich die Versammlung von den Plänen. — Demnächst erhielt Herr Gasparstalidirector Troschel das Wort zu seinem Vortrage über die allmäßige Entwicklung der Leuchtstoffe und deren zweckmäßige Verwendung. Der Vortragende beschreibt sich nach einem kurzen Rückblick auf Leuchtstoffe und Lampen der früheren Zeiten, im Wesentlichen zunächst auf die Erörterung derjenigen Fehler im

gebrauch unserer Leuchtstoffe, welche deren vollkommene Ausnutzung beeinträchtigen; im Gegensatz hierzu wurden die Erfordernisse einer zweckmäßigen Herstellung des Leuchtmaterials, sowohl bei den Apparaten, wie Dosen, Cylindern, Brennern u. c., als auch bei den Leuchtstoffen selbst, einer eingebenden, durch Zeichnungen an der Tafel erläuterten Betrachtung unterworfen. — Die wesentlichsten Bedingungen für eine vollständige Verbrennung sind, wie Redner hervorholte, die Ausführung eines geeigneten Quantums aus Sauerstoff und ein nur mäßig abgeführter Leuchtstoff. — Bei seinem weiteren Vortrage beabsichtigte Herr Troschel u. L. verschiedene Brenner zu demonstrieren. — Für das am 14. Februar im Concerthause stattfindende Carnavalsfest werden diesmal Billets, ausschließlich zum Besuch der Gallerie, ab 25 Pf., an der Abendkasse ausgegeben.

Landeshut, 11. Februar. [Masennumzug.] — Vorstandverein. Gehen wurde, wie alljährlich zur Fastnacht, für die Armen der Stadt ein Masennumzug veranstaltet, der viel schaulustiges Publikum herbeilockte. Zu Fuß, zu Pferd und Wagen zog der städtische Trupp unter Musikbegleitung durch die Straßen, von mitschwängenden Herzen die Gaben einsammelnd. Ansehnung verdient das Unternehmen schon insofern, als bei der strengen Kälte es einer großen Selbstverlängerung bedarf, stundenlang durch die Straßen der Stadt zu ziehen und Masenschwerze zu treiben. — Die am Sonntag hier abgehaltene Generalversammlung des Vorstandvereins war im Verhältniß zu der Mitgliederzahl (1491) nur schwach besucht. Dem vereinigten Kasern- und Redehausbericht für das Jahr 1879 entnehmen wir, daß die Mitgliederzahl sich um 55 vermindert hat, der Stand der Gesellschaft eines eingetretenen Verlustes aber ein günstiger ist. Nach dem Bericht beträgt das Guthaben der Mitglieder 154,081 M., das Darlehen 24,332 M. Der Rinselsbericht beläuft sich auf 17,551 M. 77 Pf., wovon ein Verlust von 968 M. 85 Pf. in Abzug kommt, so daß der Reingewinn 16,582 M. 92 Pf. beträgt. Die Versammlung beschließt, den Vorstandsmitgliedern 25 v. Et. Tantieme mit 4220 M. 50 Pf. zu bewilligen und auf 121,889 M. 10 v. Et. Dividende mit 12,188 M. 90 Pf. zu verteilen, den Bestand von 173 M. 52 Pf. aber dem Referatsfonds zu überweisen.

Gleiwitz, 11. Febr. [Stadtverordnetenwahlen.] — Aderbesitzer. — Ermittlungen der Ernteerträge. — Baterländer Frauenverein. Die Erwahl dreier Stadtverordneten an Stelle der ausgeschiedenen Herren Gymnasiallehrer Baranek, Zimmermeister Mayer und Maurermeister Degner findet am 25. Februar statt. Die dritte Wahlabteilung wählt zwei Stadtverordnete für eine Funktionsdauer bis ultimo des Jahres 1883, bezw. bis dahin 1885, während die zweite Wahlabteilung einen Stadtverordneten für eine Funktionsdauer bis Ende December 1881 wählt. — Für heut Nachmittag sind seitens des Magistrats nach dem Stadtverordnetenhaus alle diejenigen Bevölkerung von Bied und Ader aus dem Stadtbezirk, welche staatlicherseits ein Darlehen zur Beschaffung von Viehfutter und Saatgut wünschen, zu einem Termine eingeladen worden. — Über die durchschnittlichen Ernteerträge der einzelnen Feldmarken, des hiesigen Kreises brachte das „Kreisblatt“ jüngst eine ziffermäßige Zusammenstellung, welche die differierende Ertragfähigkeit des Bodens kennzeichnet. Die seitens des Bundesrates für das Jahr 1879 beschlossene Ermittlung des Ernteertrages hat den Zweck, durch direkte Umfrage eine möglichst zuverlässige Angabe über die 1879 wirklich geerntete Menge an Bodenproduktion zu gewinnen. Die Ermittlung des Ernteertrages findet in der zweiten Hälfte d. M. statt. Dieselbe hat sich jeden selbstständigen Guts- und jedem Gemeindebezirk gesondert zu erfolgen, und haben sich in den ersten Bezirken die Güte, in den Gemeindebezirken die Gemeindevorstände derselben zu unterziehen. Da, wo die Verhältnisse es notwendig erscheinen lassen, ist es den Ortsbehörden gestattet, sich zu den qu. Ermittlungen der Hilfe einer zu diesem Zweck zu bilden Schätzungscommission zu unterziehen. — Der baterländer Frauenverein des Kreises Gleiwitz unterhält 31 Schulen, in denen 1931 Kinder verpflegt werden. Außerdem unterhält derselbe hier eine Volksschule für 150 Personen und leistete zu 11 Suppenanstalten Beiträge.

Nachrichten aus der Provinz Posen.

k. Navitsch, 12. Februar. [Wohltätigkeit.] — Abiturienten-Examen. — Fortbildungsschule. Bei der kürzlich hier veranstalteten Theatervorstellung durch Dilettanten zum Besten hiesiger Armen sind 550 M. vereinnahmt worden. In Verdächtigung des wohlthätigen Zwecks sind für Musik, Aufbau des Theaters, Druck u. s. w. nur geringe Beträge liquidiert worden. Im Ganzen belaufen sich die Kosten auf 50 M., so daß 500 M. den Armen zugewendet werden können. — Vergangenen Montag begann die schriftliche Prüfung der Abiturienten der hiesigen Realhöhere Schule. Es unterhielten sich derselben sieben Oberprima. — Im November v. J. haben sich die Meister der hiesigen Bäckerinnung an die königl. Regierung mit der Eingabe gewandt, ihre Lehrlinge vom Unterricht in der Fortbildungsschule vollständig zu dispensieren, da bekanntlich die Schlafzeit der Bäcker in die Zeit falle, wo die Lehrlinge in die Schule gehen sollen. Die Regierung hat das Gesuch zurückgewiesen, aber gestattet, daß, wenn ein Meister mehrere Lehrlinge habe, diese nicht sämmtlich zum Besuch aller Stunden angehalten, sondern abwechselnd an den einzelnen Abenden herangezogen werden.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8 Breslau, 12. Febr. [Schwurgericht.] — Urkundenfälschung. Die heutige Verhandlung richtete sich gegen den Bremser Ernst Pech aus Breslau. Die Anklage war aus den Paragraphen 267 und 268 des Strafgesetzes — Urkundenfälschung in gewinnschädiger Absicht — erhoben. Als Vertreter der Staatsanwaltschaft fungierte Herr Staatsanwalt Warmbrunn, die Vertheidigung lag in den Händen des Herrn Referendar Preuß, Generalsubstitut des Justizrat Lent. — Pech war in den Jahren 1873 und 1874 in einem von einer Frau Härtel angestrebten Injuriiprozeß als Verlagter beheiligt und hatte in beiden Instanzen ein günstiges Urteil erstritten. Die Klägerin war selbstverständlich auch in die Kosten der Urtheilnahme verhängt worden. Als Pech gerichtlich die Erstattung der gehabte baaren Auslagen beantragte, machte er auch geltend, daß ihm, der bei der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn als Hilfsbremser angestellt war, durch Abrechnung vor insgesamt 7 Terminen ein Lohnausfall von 15 M. 60 Pf. entstanden sei. Zur Beglaubigung dessen reichte er eine Liquidation ein, welche den Stempel des Stationsvorstandes trug und mit den Worten: „Der Stations-Vorstand, A. Grunow i. V.“ unterzeichnet war. Frau Härtel hielt diese Liquidation zum großen Theil für unrichtig. Ihre nach dieser Seite hin angestellten Recherchen ergaben folgendes Resultat: Die alleinige Berechtigung, derartige Bescheinigungen auszustellen, hatte der Stationsvorsteher Scholler, in dessen Bureau der unterzeichnete A. Grunow als Hilfsbremser fungierte. Scholler war bis dahin wegen der Ausstellung des fraglichen Scheines nichts bekannt geworden. Eine Prüfung des Lohns ergab überdies, daß Pech an 5 von den 7 erwähnten Tagen auf der Fahrt gewesen war, die angegebenen Daten waren auch zumeist keine Tertianstage in der Härtel'schen Klagesache. Während nun Pech behauptete, daß er die einzelnen Tage aus den Lohnlisten ausgezogen, nachdem er den Sachverhalt erzählt, gab G. an, er habe lediglich auf Ansuchen des P. die Bescheinigung, zu deren Ausstellung er sich berechtigt hielt, erhebt und für die Aufstellung der einzelnen Daten nur einen von P. vorgelegten Bettel benutzt. P. ermäßigte nach der durch den Stationsvorstand erfolgten Feststellung seiner Lohnausfallsforderung von 15 M. 60 Pf. auf 6 M. 60 Pf., wartet aber bis heut verzögert auf die Erstattung dieses Betrages. 3 Jahre später kam die Anlegung zur Kenntnis des Staatsanwalts, welcher sowohl gegen Grunow als auch gegen Pech die Untersuchung wegen Urkundenfälschung eröffnete. Gegen Grunow wurde das Verfahren bald eingestellt. Pech stand schon Ende vorigen Jahres vor den Geschworenen. Auf den Antrag seines Vertheidigers wurde die damalige Verhandlung vertagt, weil Beweise darüber bestellt werden sollte, daß P. in Folge mehrfacher beim Fahrstrecken der Bahn erlittener Verlebungen des Kopfes sehr gedächtnisschwach geworden sei, auch an den wirklich wahrgenommenen sieben Lerninstanzen ausfällen halber Touren-, Meilen- und Nachgelder erlitten habe. Der heut nach diesen Richtungen hin angetretene umfangliche Entlastungs-Beweis mißglückte fast vollständig. Die größte Zahl der Zeugen entschuldigt ihre Unkenntnis des Sachverhaltes, während der Länge der seit jenen Vorfallen verflossenen Zeit, andererseits sprach gerade die Anführung unbedeutender 6 bis 7 Jahre zurückliegender Vorgänge nicht für ein schlechtes Gedächtnis des P. Herr Dr. med. Stenger bestätigte, daß der Angeklagte mehrfache Verlebungen, darunter auch eine am Kopfe, erlitten habe, doch bedingt dieselbe Schwäche des Gedächtnisses.

Der Herr Staatsanwalt stellte bezüglich der Urkundenfälschung selbst kein Nachschuldig anheim, beantragte aber das Schuldig hinsichtlich einer von ihm festgestellten auf Betrug lautenden Unterfrage. Er wies nach, daß die Requisite des Betruges zweifellos vorhanden wären. Der Vertheidiger plauderte für Nichtschuldig hinsichtlich beider Straftaten. Die Aussprüche

der Geschworenen lauteten dem Antrage der Vertheidigung gemäß auf Nichtschuldig. P. wurde somit freigesprochen.

8 Breslau, 12. Februar. [Landgericht — Strafammer I.] Der sahltäglichen Sitzung war der Zimmermeister R. aus Breslau angetreten. Der der Anklage zu Grunde liegende Sachverhalt ist folgender: R. führte auf einem am Christophoriplatz gelegenen Grundstück einen Neubau auf. Der im November 1878 begonnen Bau war am 22. März 1879 so weit gegeben, daß nach Herstellung der sog. Drempelmauer die Mauerung des weit vorstehenden Hauptgeschosses stattfinden konnte. Nachdem die Maurer von früh 7 bis Nachmittag 4 Uhr an Herstellung des Hauptgeschosses gearbeitet hatten, war dasselbe beinahe vollendet. Plötzlich brach der größte Theil des Sims ab und fiel auf die innerhalb des Bauzaunes aufgestellten Ziegelhausen. Von dort aus paschten zu derselben Zeit eine Anzahl in den einzelnen Stockwerken verbleibte Arbeiter Ziegeln nach dem vierten Stock. Mit dem Zupacken der Ziegeln direct vom Haufen aus war der Arbeiter Peter Asch betroffen worden. Diesem fiel eine Anzahl vom Hauptgeschoss abgebrochener Ziegelsteine auf den Kopf, so daß er einen Schädelbruch erlitt und in Folge dessen sehr bald seinen Geist aufgab.

Der Angeklagte soll allein das Verhältnis an dem Tode des P. tragen, weil er wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst handelte, indem er bei Frostwetter Maurerarbeiten ausführen ließ. Maßgebend für Erhebung der Anklage war das Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen, Königl. Bauinspector Knorr, welcher ausführte, daß der MörTEL an jenem Tage nicht die nötige Bindemacht entwieden konnte, weil die Temperatur unter Null stand. Die Gefahr des Einsturzes war um so größer, als es sich um einen freihängenden Sims handelte. Dem entgegen stehen die vom Angeklagten vorgeschlagenen Entlastungssachverständigen. Der Director der Sternwarte, Herr Prof. Dr. Galle, bat befindet, daß die Temperatur am Morgen des 22. März 1879 nur ganz wenig unter Null stand, im Laufe des Tages aber über Null stieg. Der Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt Kirschner, bestritt, daß es wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst verstößt, bei einer solchen Temperatur Maurerarbeiten auszuführen zu lassen. Die Herren Stadtbaurath Mende und Rathsmaurermeister Chevalier bestätigten übereinstimmend, daß man in der Regel erst bei 4° Kälte Maurerarbeiten einstelle. Beide Herren mussten außerdem bezeugen, daß am selben Tage auch an der städtischen Gewerbeausstellung Maurerarbeiten gleicher Art ausgeführt worden seien. Endlich führte Herr Chevalier noch aus, von der erwähnten Regel der Baukunst könne man wohl dann sprechen, wenn der Winter beginne, nicht aber wenn das Frühjahr im Anzuge sei. Die Vertheidigung wies auch darauf hin, daß P. zur Ausführung der Maurerarbeiten einen als fischig geltenden Fachmann, den Maurerpolicier Hantke, benützte, endlich das verwendete Material von durchaus guter Beschaffenheit gewesen sei.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Herr Gerichts-Assessor Schulze-Bellinghausen, beantragte auf Grund der Beweisaufnahme selbst die Freisprechung. Der Gerichtshof erkannte diesem Antrage gemäß.

Sprechsaal.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 7. d. M. sind gelegenlich der Berathung des Cultusetats bei Capitel 115 von den verschiedenen Seiten Anschauungen geltend gemacht worden, welche gegen die ersten Grundsätze des Verwaltungsrechts und der Gesetzgebung verstößen. Bei der Wichtigkeit der Sache rechtfertigt es sich, darauf zurückzukommen.

Man erachtet die Verwaltungsbehörde für befugt, die untergeordneten Polizeiorgane dahin anzusegnen, daß dieselben gewisse Fälle, wo Verlebungen von Strafforchriften in Frage stehen, zunächst der höheren Verwaltungsbehörde zur Beurtheilung zu unterbreiten und sich bis zum maßgebenden Bescheide der Verwaltung jedes auf Strafverfolgung gerichteten selbstständigen Schrittes enthalten sollen.

Es verstoßt dies gegen das Prinzip der Decentralisation der Verwaltung. Mehr noch als dies aber enthält es einen Eingriff in das Recht der Selbstverwaltung. Die den öffentlichen Verbänden der Communen und Amtsbezirke beigegebene Polizeigewalt ist staatsrechtlich nicht ad nutum der Verwaltungsbehörden gestellt. Die letzteren haben nur ein gesetzlich geregeltes Überaufsichtsrecht und dürfen sich nicht ohne Weiteres an die Stelle jener Verbände setzen und deren Befugnisse ausüben.

Jene für die Verwaltungsbehörden in Anspruch genommene Befugnis führt weiterhin zu Verschiebungen im Behördenystem und zu Kompetenzconflikten. Für die Zwecke der Strafforfolgung ist der überwiegend größte Theil der Polizei reichsgesetzlich der Staatsanwaltschaft subordinirt. Soweit jene Polizeibeamte strafbare Handlungen zu erforschen haben, sind sie als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft thätig und sind dieser insofern verantwortlich. Also insbesondere auch für die Unterlassung der Anzeige einer strafbaren Handlung. Indem die Verwaltungsbehörde die niederen Polizeiorgane von dieser gesetzlichen Verantwortung zu befreien sucht und die Verantwortlichkeit in eine höhere Instanz verlegen will, greift sie förend ein in jenes Subordinationsverhältniß und läßt die Strafverfolgung erütteln die Autorität des Gesetzes.

Es ist schon bedenklich, zu sagen, daß die Polizei für die Frage, welche Handlungen auf Grund des Gesetzes criminell verfolgbar sind, von der constanten Judicatur der Gerichte, wie sie sich besonders in dem höchsten Gerichtshofe ausspricht, ohne Weiteres absehen kann. Denn die rechtsprechende Behörde, welche die Strafgesetze zu handhaben und deren Sinn in gleichmäßiger Anwendung sichern soll, ist eben das Gericht, und die Polizei hat im Verhältniß hierzu nur die vorbereitende Aufgabe, dem Gerichte das Material zu unterbreiten, nicht aber darf sie sich selbst zur authentischen Interpretation des Gesetzes machen. Indessen bleibt insoweit die Verwaltungsbehörde wenigstens formell auf dem Boden des Gesetzes. Wie soll es aber wirken, wenn geradezu der Satz proclamirt wird, daß die Staatsregierung das Recht und die Pflicht habe, formell zu Recht bestehende Gesetze auf sich beruhend zu lassen, sobald sie zu der Einsicht gekommen, daß durch dieselben ein Unrecht sanctionirt und Schaden gestiftet würde? Das heißt: bestehende Gesetze, welche staatsrechtlich nur im Wege der Gesetzgebung abändernd werden können, von dem Willen politischer Machthaber in ihrer Existenz abhängig machen zu wollen, und nicht nachdrücklich genug kann vor dem Betreten dieser abschließenden Bahn gewarnt werden.

Karlstadt-Jiume. Die Nachricht wurde späterhin zwar von dem „S. T. V.“ bestätigt, indes trat eine bemerkliche Einwirkung des Dementis nicht her vor. Für russische Werthe existiert zu niedrigeren Coursen ziemlich feste Lendenz. Auf dem localen Markt kamen Montanwerthe heute wieder in größeren Verkehr zu steigendem Course. Auf dem Eisenbahnmarkte waren Bergische und Freiburger bevorzugt, während Mainwerthe heute vernachlässigt waren. Die Thronrede wurde von der Börse anfangs ohne besonderen Eindruck aufgenommen; allmählich kam indeß der befriedigende Inhalt auch in der Börsenstimmung zur Geltung. Nach Schluß der ersten Börsenstunde wurde der Verkehr im Allgemeinen ziemlich still; gegen Schluß der zweiten Börsenstunde machte sich eine Animirtheit geltend. Es notiren auf dem internationalen Markt Credit 535—7—6—6½, Franzosen 474—6, Lombarden 153½—6—4½. Von österreichisch-ungarischen Anleihen wurden nur Ungarn lebhafte gehandelt. Russische Werthe in Folge von Realisationen nachgebend. Rubel notiren per ult. 217,25—217,75—217 (Börse 219,50/1,50), per März 217,25—217,75—217,25 (Börse 221,3—220,3). Auf dem localen Markt erzielten Laura 136,50—8,40—7,75, Dortmund 116,25—16—17,10—16,25, Disc.-Commandit 195½—6½—5½—6. Speculative Bahnen fehl, nur Rumänen vernachlässigt. Wir erwähnen per ult. Rhein 157,50—40, do. junge 149,70, Bergisch-Märkische 100,40—60 bis 25—75, Friedr.-Franz 134,50—133,75, Rumänen 48,60—75—60, Galizier 111,90—112,50—30, Oberschles. Bahn 177,60, Rechte-Oderer 144,10 bis 143,70. Auf dem Anlagenmarkt waren heimische Fonds im Wesentlichen unverändert, deutsche Prioritäten belebt und fest, österreichische Prioritäten animirter, russische Werthe still. Auf dem Cassamarke herrschte für einzelne große heimische Bahnen lebhafte Interesse, Thüringer belebt. Von kleinen Bahnen waren Aachen-Maastricht und Nordhausen-Erfurt belebt, im Übrigen war dieser Markt still. Österreichische Bahnen luflos. Stamm-Prioritäten theilweise in sehr günstiger Haltung. Banken anziehend. Spielbanken + 1,10, Pommerische Hypothekendarb. + 2, Deutsche Bank + 1, Darmstädter + 1½, Braunschweiger + ½, Antwerpener + ½, Norddeutsche Grund — 1. Industrieaktienmarkt still. Pluto + ½, Deutsche Asphalt + ½, Posener Sprit + 1, Berliner + ½, Dortmund + 1, Berliner Pappe + 1, Geländer — ½, Geld im Privatdiscont 2%; fremde Wechsel fest.

Course um 2% Uhr: Fest. Creditacion 537, Lombarden 155, Frankopfen 475,50, Reichsbank 158,50, Disconto-Commandit 196,50, Laurahütte 138,25, Lüren 10,50, Italiener 81,75, Österreichische Goldrente 73,25, 1860er Lose —, Dortmund Union 116,25, Oberschlesische —, Ungarische Goldrente 87,25, Deitter. Silberrente 61,87, do. Papierrente 61,00, Sproc. Russen 90,62, neue —, Köln-Mindener —, Rheinische 157,50, Bergische 100,62, Rumänen 48,75, Russ. Roten 217,75, Russ. Anleihe, alte —, Galizier —, I. Orient-Anleihe —, II. do. 61,50, III. do. 61,50, Weimarer Bank —.

Coupons um 2% Uhr: Fest. Creditacion 537, Lombarden 155, Frankopfen 475,50, Reichsbank 158,50, Disconto-Commandit 196,50, Laurahütte 138,25, Lüren 10,50, Italiener 81,75, Österreichische Goldrente 73,25, 1860er Lose —, Dortmund Union 116,25, Oberschlesische —, Ungarische Goldrente 87,25, Deitter. Silberrente 61,87, do. Papierrente 61,00, Sproc. Russen 90,62, neue —, Köln-Mindener —, Rheinische 157,50, Bergische 100,62, Rumänen 48,75, Russ. Roten 217,75, Russ. Anleihe, alte —, Galizier —, I. Orient-Anleihe —, II. do. 61,50, III. do. 61,50, Weimarer Bank —.

Course um 2% Uhr: Fest. Creditacion 537, Lombarden 155, Frankopfen 475,50, Reichsbank-Coupon 172,80 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 40 Pf. t. Wien, Amerit. Gold-Dollar-Bonds 4,18 bez., do. Eisenbahn-Prior. 4,18 bez., do. Papier-Dollars 4,18 bez., 6% New-York-Etu. 4,18 bez., Russ. Central-Boden min. —, Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. Pet. Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ. Gold 20,82—80 bez., 22er Russen —, Große Russische Staatsbahn —, bez., Russische Boden-Credit —, bez. Warschau-Wiener Comm. —, bez., Rumänische Divid. —, Sch. per 1879 9,90 bez., Warschau-Terespol —, le., 3% und 5% Lombard min. —, Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. —, Pf. Paris, Holländische min. —, Pf. Amsterdam-Schweizer minus —, Pf. Paris Belgisch. minus —, Pf. Brüssel. Bel. Etat-Obliat 20,36 bez.

Berlin-Görlitzer Eisenbahn. Die Einnahmen pro Monat Januar 1880 betragen (probatorisch ermittelt):

1) aus dem Personen-Berkehr 84,074 Mark
2) aus dem Güter- und Vieh-Berkehr 309,484 " 15,833 "

3) Extraordinaria Summa pro Januar 409,391 Mark.

Die Einnahme pro Januar 1879 beträgt (definitiv festgestellt) 402,060 Mark.

Mithin pro 1880 mehr 7,331 Mark.

Einnahme bis Ende Januar 1880 409,391 Mark

1879 402,060 "

Mithin pro 1880 mehr 7,331 Mark.

Bemerkungen. Die erhebliche Differenz in den extraordinaire Einnahmen erklärt sich zum Theil dadurch, daß in Folge Einführung eines neuen Etais (Buchungs-) Schemas vom

ber, vor Juli-August 62,8 bis 62,6 Mark bez., vor August-September 63,1 bis 62,8 Mark bez. Gefündigt — Liter. Anklageklausur — M.

Berliner Börse vom 12. Februar 1880.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-A.-Anl.	4	93,00	bzG
consolidirte Anleihe	4½	102,75	bzG
do. do. 1876	4	99,75	bz
99,50	tz		
Staats-Anleihe	4	93,00	G
Staats-Schuldscheine	3½	93,00	G
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	145,75	bz
Berliner Städ.-Oblig.	4½	102,50	G
Pommersche	5½	94,20	bz
do.	4	100,00	bz
do. 1872	4½	102,20	bz
do. Indch.-Obl.	4½	—	
Posench. nens.	4	93,25	bz
Schlesische	3½	91,96	G
Landschaft.-Central	4	99,50	bz
Kur. u. Neumärk.	4	99,70	bz
Pommersche	4	99,70	bz
Posench.	4	92,40	G
Preussische	4	90,40	G
Westfäl. u. Rhein.	4	99,70	bz
Sächsische	4	99,60	bz
Badische Präm.-Anl.	4	136,70	bz
Baierische Präm.-Anl.	4	137,30	bz
do. Anl.v. 1873	4	98,90	bz
Cöln-Mind. Prämienm.	3½	103,10	bzG
Sachs. Kente von 1876	3½	76,75	bz

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8	T. 3	169,55	bz
do. do.	2	M. 3	168,15	bz
Londen 1 Lstr.	3	M. 3	20,35	bz
Paris 100 Frs.	5	T. 2	81,10	bz
Petersburg 100 SR.	3	M. 6	215,25	bz
Warschau 100 SE.	8	T. 6	216,50	bz
Wien 100 Fl.	8	T. 4	173,20	bz
do. do.	2	M. 4	172,15	bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 283,00 B

Badische 35 Fl.-Loose 178,75 bz

Braunschw. Präm.-Anleihe 99,50 bz

Oldenburger Loose 156,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Divid. pro 1878	1879			
Aachen-Maastricht	1½	4	32,50	bzG
Berg-Märkisch	4	4	160,90	bz
Berlin-Anhalt	5	4	102,40	bz
Berlin-Dresden	9	4	16,10	bzG
Berlin-Görlitz	0	4	25,50	bz
Berlin-Hamburg	10½	4	193,00	bzG
Berl.-Potsd.-Magdeburg	3½	4	92,00	bzG
Berlin-Stettin	2½	4	114,50	bz
Böhni. Westbahn	5½	4	98,00	bzG
Bresl.-Freib.	3½	4	101,15	bzG
Cöln-Minden	6,5	4	147,00	bzG
Dux-Bodenbach	0	4	69,25	bzG
Gau-Carl-Ludwig	8,214	4	112,30	bz
Halle-Sorau-Gub.	0	4	25,50	bz
Hannover-Altenb.	0	fr.	55,40	bz
Kaschau-Oderberg	4	4	66,50	bzG
Kronpr. Rudolph.	5	5	138,50	bz
Ludwigs.-Baxx.	9	4	31,00	bz
Märk.-Posener	0	4	146,00	bzG
Magdebg.-Halberst.	9½	4	103,50	bz
Mainz-Ludwigs.	4	4	99,00	bz
Niedersch.-Märk.	4	4	177,60	bz
Oberschla. A.C.D.E.	3½	4	149,00	bz
Oester. Fr. St. B.	6	4	47,75	bz
Oester. Nordwestb.	4	5	289,00	bz
Oest.-Südb.(Lomb.)	9	4	153,45	bz
Ostpreus. Südb.	0	4	60,10	bz
Rechte-U.-B.	7	4	143,90	bz
Reichenberg-Pard.	7	4	57,90	bz
Rheinische	7	4	157,40	bz
do. Lit. B. (40% gar)	4	4	98,75	bzG
Ehren-Nahe-Bahn	0	4	13,00	bz
Rumän.-Eisenbahn	2	4	48,70	bz
Schweiz-Westbahn	7	4	20,30	bz
Stargard.-Posener	4½	4	104,00	G
Thüringer Lit. A.	8	4	155,75	bzG
Warschau-Wien	9,165	4	255,90	bz

Ausländische Fonds.

West. Silber-R. (1½-1½)	4½	68,75	bzG
do. Goldrente	4	72,30	bz
do. Papierrente	4½	61,16	bzG
do. 54er Präm.-Anl.	4	15,90	bzG
do. Lott.-Aul. v. 60	12,50	bz	
do. Credit-Loose	fr.	54,00	bz
do. 64er Loose	3½	181,90	bz
Buss. Präm.-Anl. v. 64	154,86	bzG	
do. do.	164,75	bz	
do. Orient-Ob. v. 1877	61,60	bz	
do. II. Em. v. 1878	61,70	bz	
do. III. do. v. 1879	61,60	bz	
do. Anleihe 1877	50	bz	
do. Bod.-Oef.-Pfdbr.	79,70	bz	
do. Cont.-Bod.-Cr.-Pfdbr.	79,20	bz	
Buss. Pol.-Schatz-Obl.	83,40	bz	
Poin. Pfndr. III. Em.	66,40	bz	
Poin. Liquid.-Pfdbr.	57,60	bz	
Amerik. Rückz. p. 1880	101,70	bz	
do. 3% Anleihe	101,50	etbzB	
Raab.-Grazer 100 Thirl.	81,75	bzG	
Rumann.-Ausleihe	94,09	bz	
Rumann.-Ausleihe	8	—	
Türkische Anleihe	fr.	—	
Ungar. Goldrente	8	87,00	bzG
do. Loosse (H.p.S.)	21,20	bz	
Ung. 50% St. Eisb.-Anl.	88,40	bz	
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—		
Finnische 10 Thlr.-Loose	50,60	bz	
Türk.-Loose	—		

Bauk.-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G.	2	4	74	B
Berl. Kassen.-Ver.	5½	4	166,00	G
Berl. Handels-Ges.	0	4	165,60	bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	0	4	77,00	bz
Braunschw. Bank	4½	4	95,00	bzG
Bresl. Disc.-Bank	3	4	97,60	bz
Bresl. Wechselb.	5½	4	163,10	bzG
Coberg.-Cred.-B.	4½	4	93,50	bz
Danziger Priv.-Bk.	5	4	110,00	bz
Darmat. Creditb.	5	4	151,50	bzG
Darmat. Zettelb.	5½	4	106,54	bz
Deutsche Bank	6	4	148,50	bzG
do. Reichsbank	6	4	158,50	bz
do. Hyp.-B.Berl.	6	4	95,50	bz
Disc.-Comm.-Anth.	6	4	194,80	bz
do. int.	5½	4	195,75	bz
Genossensch.-Bnk.	5½	4	114,00	bzG
Goth. Grundrechd.	6	4	95,00	bz
do. junge	5½	4	110,24	bz
Hamb. Vereins-B.	7	4	93,50	bz
Hannov. Bank	5½	4	166,00	bzG
King's.-Ver. Bnk.	6	4	106,00	bzG
Ldnw.-B. Kreditb.	4½	4	68,25	G
Leipz. Cred.-Anst.	6	4	150,50	bzG
Luxemburg. Bank	7½	4	137,25	bz
Magdeburger	5	4	115,00	bz
Meiningen	4½	4	109,23	bz
Nordd. Bank	9½	4	166,00	bz
Nordd. Gründers.	9	4	68,00	bz
Oberlausitzer Bk.	4	4	87,00	bz
Oest. Cred.-Action	8½	4	533,50	bz
Posen.-Pro.-Bank	4	4	123,00	bz
Pr. Bod.-Cr.-Act.	5	4	97,75	bz
Pr. Cent.-Bod.-Ord.	9½	4	128,75	bz
Sächs. Bahn	5½	4	129,50	bz
Schl. Bank-Verein	5	4	111,40	bz
Weimar. Bank	0	4	42,20	bz
Wiener Unionsbk.	5	4	220,00	bz

Liquidation.

Berliner Bank	—	fr.	49,00	bzG

<tbl_r cells="5" ix="1" maxcspan="1" maxrspan="1" used